

Der Landtag von Niederösterreich hat am 6. Juli 2012 beschlossen:

Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (2. GBDO-Novelle 2012)

Artikel I

Die NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976, LGBl. 2400, wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 2 Z. 2 lautet:

„2. Zeiten eines Sonderurlaubes in jenem Ausmaß, in dem er nach den Vorschriften dieses Gesetzes für die Vorrückung in höhere Bezüge wirksam gewesen wäre und“

2. § 4 Abs. 2 Z. 3 lautet:

„3. sonstige Zeiten, die nach dem 30. Juni des Jahres, in dem nach der Aufnahme in die erste Schulstufe neun Schuljahre absolviert worden sind oder worden wären und vor dem Tag des Dienstantrittes liegen, und

a) die Erfordernisse des Abs. 7 erfüllen zur Gänze

b) die Erfordernisse des Abs. 7 nicht erfüllen bis zu 3 Jahren zur Gänze“.

3. Im § 4 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

„(2a) Das Ausmaß der gemäß Abs. 2 Z. 3 lit. b und Abs. 3 lit. d und f voran gesetzten Zeiten und der gemäß Abs. 3 lit. a oder b voran gesetzten Lehrzeiten darf insgesamt drei Jahre nicht übersteigen. Wurde jedoch

1. eine Ausbildung gemäß Abs. 3 lit. d oder f abgeschlossen, die auf Grund der jeweiligen schulrechtlichen Vorschriften mehr als zwölf Schulstufen erforderte, so verlängert sich dieser Zeitraum um ein Jahr für jede über zwölf hinaus gehende Schulstufe;

2. eine Lehre gemäß Abs. 3 lit. a oder b abgeschlossen, die auf Grund der jeweiligen Vorschriften eine Lehrzeit von mehr als 36 Monaten erforderte, so verlängert sich dieser Zeitraum um einen Monat für jeden über 36 Monate hinaus gehenden Monat der Lehrzeit.“

4. Im § 4 Abs. 3 wird im Einleitungssatz die Wortfolge „nach Vollendung des

18. Lebensjahres“ durch die Wortfolge „nach dem 30. Juni des Jahres, in dem nach der

Aufnahme in die erste Schulstufe neun Schuljahre absolviert worden sind oder worden wären,“ ersetzt.

5. Im § 4 Abs. 3 lit. a wird nach dem Wort „Dienstverhältnis“ die Wortfolge „und Ausbildungszeiten als Lehrling“ eingefügt.
6. Im § 4 Abs. 3 lit. b wird nach dem Wort „Dienstzeiten“ die Wortfolge „und Ausbildungszeiten als Lehrling“ eingefügt und nach dem Wort „Bestimmungen“ die Wortfolge „oder zu Wasserverbänden und Wasserleitungsverbänden“ eingefügt.
7. Im § 4 Abs. 4 entfällt der erste Satz.
8. Im § 4 Abs. 8 wird nach dem Wort „Dienstzeiten“ die Wortfolge „oder Ausbildungszeiten als Lehrling“ eingefügt und entfällt das Zitat „Z. 1 oder 2“.
9. Im § 6 Abs. 1 lit. b Z. 1 wird nach dem Wort „Studienberechtigungsgesetz“ ein Beistrich gesetzt und folgende Wortfolge eingefügt:
„BGBl. I Nr. 292/1985 i.d.F. BGBl. I Nr. 136/2001 oder nach § 64a des Universitätsgesetzes 2002“
10. Im § 44a Abs. 2 entfällt die Wortfolge „in Abs. 3“.
11. § 44a Abs. 3 und 4 lauten:
„(3) Der tägliche Fahrtkostenzuschuss ändert sich um den Hundertsatz, um den sich die Höhe des Kilometergeldes nach dem 8. Abschnitt des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes, LGBl. 2100, ändert. Änderungen des täglichen Fahrtkostenzuschusses werden mit dem auf die Änderung des Kilometergeldes folgenden Monatsersten, oder wenn die Änderung an einem Monatsersten erfolgte, mit diesem Tage wirksam.

(4) Die Beträge des täglichen Fahrtkostenzuschusses werden mit Verordnung der Landesregierung verlautbart.“

12. Im § 53 Abs. 4 lit. a wird nach dem Wort „Dienstverhältnis“ der Klammersausdruck „(einschließlich Ausbildungszeiten als Lehrling)“ eingefügt.
13. Im § 53 Abs. 4 lit. b wird nach dem Zitat „§ 4 Abs. 2 Z. 1“ das Zitat „und 2“ eingefügt und wird der Strichpunkt durch eine Punkt ersetzt.
14. Im § 53 Abs. 4 entfällt die lit. c.
15. Dem § 56 Abs. 4 wird folgender Satz angefügt:
„Der Gemeindefachdienst gilt als Schwerarbeit im Sinne dieser Verordnung mit der Maßgabe, dass die Befugnis zur Ausübung des sicherheitspolizeilichen Exekutivdienstes im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes besteht und zumindest die Hälfte der monatlichen Dienstzeit tatsächlich als wachspezifischer Außendienst zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ausgeübt wird.“
16. Im § 57a Abs. 4 wird das Zitat „Z. 2“ durch das Zitat „lit. b“ ersetzt.
17. Im § 58 Abs. 6 wird die Wortfolge „des ruhegenussfähigen Monatsbezuges“ durch folgende Wortfolge ersetzt:
„der Summe der Ruhegenussberechnungsgrundlagen 1 und 2“
18. In § 71b Abs. 4 Z. 1 wird das Zitat „§ 91 Abs. 1“ durch das Zitat „§ 91 Abs. 1 und 1a“ ersetzt.
19. Im § 71c Abs. 1 wird der Betrag „€ 1.503,50“ jeweils durch den Betrag „€ 1.762,98“ und das Datum „1. Jänner 2005“ durch das Datum „1. Jänner 2013“ ersetzt.
20. Im § 78 Abs. 6 lit. b wird das Wort „Karenzurlaubsgeldgesetz“ durch das Wort „Kinderbetreuungsgeldgesetz“ ersetzt.

21. § 90 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Erholungsurlaub gebührt jährlich im folgenden Ausmaß:

1. bis zum vollendeten 43. Lebensjahr: 200 Arbeitsstunden;
2. ab dem vollendeten 43. Lebensjahr: 240 Arbeitsstunden.“

22. Im § 90 entfallen die Abs. 2 und 5. Die bisherigen Abs. 3 und 4 erhalten die Bezeichnung Abs. 2 und 3; die bisherigen Abs. 6 bis 8 erhalten die Bezeichnung Abs. 4 bis 6.

23. Im § 90 Abs. 3 (neu) entfällt der letzte Satz.

24. Im § 90 Abs. 5 (neu) lautet der letzte Satz:

„Abs. 4 zweiter Satz ist anzuwenden.“

25. Dem § 94 werden folgende Abs. 6 bis 8 angefügt:

„(6) Einem Gemeindebeamten ist auf sein Ansuchen für den Zeitraum von der Geburt seines Kindes bis längstens zum Ende des Beschäftigungsverbotes der Mutter gemäß § 4 Abs. 1 und 2 des NÖ Mutterschutz-Landesgesetzes, LGBl. 2039, gleichartiger Rechtsvorschriften Österreichs oder der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ein Sonderurlaub unter Entfall der Bezüge (Frühkarenzurlaub für Väter) im Ausmaß von bis zu vier Wochen zu gewähren, wenn er mit dem Kind und der Mutter im gemeinsamen Haushalt lebt und keine wichtigen dienstlichen Interessen entgegenstehen. Wenn keine der genannten Bestimmungen auf die Mutter anzuwenden ist, gelten die im § 4 Abs. 1 und 2 des NÖ Mutterschutz-Landesgesetzes, LGBl. 2039, festgelegten Fristen sinngemäß.

(7) Der Beamte hat Beginn und Dauer des Sonderurlaubes gemäß Abs. 6 spätestens zwei Monate vor dem voraussichtlichen Geburtstermin bekanntzugeben und in weiterer Folge die anspruchsbegründenden sowie die anspruchsbefreienden Umstände darzulegen. Dieser Sonderurlaub endet vorzeitig, wenn der gemeinsame Haushalt mit dem Kind und der Mutter aufgehoben wird.

(8) Ein Sonderurlaub gemäß Abs. 6 bleibt für alle Rechte, die sich nach der Dauer des Dienstverhältnisses richten, voll wirksam.“

26. Im § 110 Abs. 3 wird vor dem Zitat „§ 46b Abs. 2 bis Abs. 4“ das Zitat „§ 46a Abs. 1 bis 3 und“ eingefügt.

27. Dem § 120 Abs. 8 wird folgender Satz angefügt:

„Der Vorschlag hat mit Beschluss des Gemeinderates zu erfolgen.“

28. Dem § 120 Abs. 9 wird folgender Satz angefügt:

„Für den Fall, dass eine ausreichende Anzahl an Gemeindebeamten im Verwaltungsbezirk nicht vorhanden ist, sind erfahrene Gemeindebedienstete im privatrechtlichen Dienstverhältnis zu bestellen.“

29. § 163 lautet:

„§ 163

Verweisungen

Soweit in diesem Gesetz auf die nachfolgenden Bundesgesetze ohne nähere Fassungsbezeichnungen verwiesen wird, sind diese in den nachstehend angeführten Fassungen anzuwenden:

1. Allgemeines Pensionsgesetz (APG), BGBl. I Nr. 142/2004 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
2. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
3. Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG), BGBl. Nr. 51/1991 i.d.F. BGBl. I Nr. 100/2011
4. Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG), BGBl. Nr. 609/1977 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
5. Arbeitsmarktförderungsgesetz (AMFG), BGBl. Nr. 31/1969 i.d.F. BGBl. I Nr. 12/2009
6. Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl. Nr. 683/1991 i.d.F. BGBl. I Nr. 56/2005
7. Arbeitsruhegesetz (ARG), BGBl. Nr. 144/1983 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
8. Auslandseinsatzgesetz 2001 (AusIEG 2001), BGBl. I Nr. 55/2001 i.d.F. BGBl. I Nr. 105/2011
9. Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012

10. Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (BDG 1979), BGBl. Nr. 333/1979 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
11. Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
12. Berufsausbildungsgesetz (BAG), BGBl. Nr. 142/1969 i.d.F. BGBl. I Nr. 38/2012
13. Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz (BMSVG), BGBl. I. Nr. 77/2011 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
14. Bundesbahn-Pensionsgesetz (BB-PG), BGBl. I Nr. 86/2001 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
15. Bundesbezügegesetz (BBezG), BGBl. I Nr. 64/1997 i.d.F. BGBl. I Nr. 121/2011
16. Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung, BGBl. Nr. 68/1997 i.d.F. BGBl. I Nr. 9/2012
17. Bundesgesetz über die Einrichtung und Organisation des Bundesamts zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung, BGBl. I Nr. 72/2009 i.d.F. BGBl. I Nr. 13/2012
18. Bundestheaterpensionsgesetz (BThPG), BGBl.Nr. 159/1958 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
19. Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), BGBl. Nr. 1/1930 i.d.F. BGBl. I Nr. 12/2012
20. Ehegesetz, dRGBl. I S 807/1938 i.d.F. BGBl. I Nr. 135/2009
21. Eingetragene Partnerschaft-Gesetz – EPG, BGBl. I Nr. 135/2009 i.d.F. BGBl. I Nr. 29/2010
22. Einkommensteuergesetz 1988 (EStG 1988), BGBl. Nr. 400/1988 i.d.F. BGBl. I Nr. 22/2012
23. Entwicklungshelfergesetz, BGBl. Nr. 574/1983 in der Fassung BGBl. I Nr. 135/2009
24. Fachhochschul-Studiengesetz (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993 in der Fassung BGBl. I Nr. 74/2011
25. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967 i.d.F. BGBl. I Nr. 17/2012
26. Führerscheingesetz (FSG), BGBl. I Nr. 2/1998 i.d.F. BGBl. I Nr. 117/2010
27. Gebührenanspruchsgesetz 1975 (GebAG), BGBl. Nr. 136/1975 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2010
28. Gehaltsgesetz 1956 (GehG), BGBl. Nr. 54/1956 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
29. Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012

30. Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964 i.d.F. BGBl. I Nr. 4/2010
31. Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG), BGBl. I Nr. 103/2011 i.d.F. BGBl. I Nr. 139/2011
32. Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz (KA-AZG), BGBl. I Nr. 8/1997 i.d.F. BGBl. I Nr. 38/2012
33. Kriegsoferversorgungsgesetz 1957 (KOVG 1957), BGBl. Nr. 152/1957 i.d.F. BGBl. I Nr. 4/2010
34. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz (LDG 1984), BGBl. Nr. 302/1984 i.d.F. 86/91 BGBl. I Nr. 35/2012
35. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz (LLDG 1985), BGBl. Nr. 296/1985 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
36. Mutterschutzgesetz 1979 (MSchG), BGBl. Nr. 221/1979 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
37. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947 i.d.F. BGBl. I Nr. 18/2012
38. Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. Nr. 76/1985 i.d.F. BGBl. I Nr. 36/2012
39. Strafgesetzbuch (StGB), BGBl. Nr. 60/1974 i.d.F. BGBl. I Nr. 12/2012
40. Strafprozessordnung 1975 (StPO), BGBl. Nr. 631/1975 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
41. Überbrückungshilfengesetz (ÜHG), BGBl. Nr. 174/1963 i.d.F. BGBl. I Nr. 63/2010
42. Universitätsgesetz 2002 (UG), BGBl. I Nr. 120/2002 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2012
43. Väter-Karenzgesetz (VKG), BGBl. Nr. 651/1989 i.d.F. BGBl. I Nr. 58/2010
44. Verfassungsgerichtshofgesetz (VfGG), BGBl. Nr. 85/1953 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2010
45. Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 (VVG), BGBl. Nr. 53/1991 i.d.F. BGBl. I Nr. 100/2011
46. Wehrgesetz 2001 (WG 2001), BGBl. I Nr. 146/2001 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2010
47. Zivildienstgesetz 1996 (ZDG), BGBl. Nr. 679/1986 i.d.F. BGBl. I Nr. 14/2012
48. Zustellgesetz (ZustG), BGBl. Nr. 200/1982 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2010.“

30. In der Anlage 1 wird nach dem Wort „Einsarger“ folgende Wortfolge angefügt:
„und Bestattungsarbeiter“

31. Die 22. Übergangsbestimmungen der Anlage B lauten:

„22. Übergangsbestimmungen zur 2. GBDO-Novelle 2012, LGBl. 2400-50

(1) Eine Neufestsetzung des Stichtages und der daraus resultierenden besoldungsrechtlichen Stellung aufgrund des § 4 in der Fassung der 2. GBDO-Novelle 2012 und des § 13 in der Fassung der GBGO-Novelle-2012 erfolgt nur auf Antrag bis 31. Dezember 2013 und nur in denjenigen Fällen, in denen die bestehende besoldungsrechtliche Stellung durch den Stichtag bestimmt wird. Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen sind auch im Ruhestand befindliche Gemeindebeamte und deren Hinterbliebene antragsberechtigt. Ein solcher Antrag hat schriftlich ohne Beifügung von Bedingungen oder Befristungen zu erfolgen. Auf Gemeindebeamte, für die eine Neufestsetzung des Stichtages nicht zu erfolgen hat, ist § 4 weiterhin in der vor dem Tag der Kundmachung der 2. GBDO-Novelle 2012 geltenden Fassung anzuwenden.

(2) Bei Anträgen auf Neufestsetzung des Stichtages aufgrund von Vordienstzeiten vor dem Tag der Vollendung des 18. Lebensjahres oder auf die Nachzahlung von Bezügen, die vor dem Tag der Kundmachung der 2. GBDO-Novelle 2012 eingebracht wurden, ist entsprechend § 13 Abs. 3 und 4 AVG vorzugehen.

(3) Für besoldungsrechtliche Ansprüche, die sich aus einer beantragten Neufestsetzung des Stichtages ergeben, ist der Zeitraum vom 18. Juni 2009 bis zum Tag der Beantragung nicht auf die dreijährige Verjährungsfrist gemäß § 11 Abs. 1 GBGO, LGBl. 2440, anzurechnen.

(4) Bei der Berechnung der Dienstzeit gemäß § 53 Abs. 4 ist bei Gemeindebeamten, deren Dienstverhältnis zur Gemeinde vor dem der Kundmachung der 2. GBDO-Novelle 2012 nächstfolgenden Monatsersten begonnen hat, § 53 Abs. 4 und § 4 in der vor Kundmachung der 2. GBDO-Novelle 2012 geltenden Fassung weiterhin anzuwenden.

(5) Auf Gemeindebeamte, die vor dem der Kundmachung der 2. GBDO-Novelle 2012 nächstfolgenden Monatsersten in ein Dienstverhältnis zur Gemeinde eingetreten sind, sind die bis vor Kundmachung der 2. GBDO-Novelle 2012 geltenden Regelungen des

§ 90 über das Ausmaß des Erholungsurlaubes weiterhin anzuwenden, sofern nicht ein Antrag gemäß Abs. 1 gestellt wird.“

Artikel II

1. Art. I tritt mit dem der Kundmachung nächstfolgenden Monatsersten in Kraft.
2. Art. I Z. 1 bis 8 treten mit 1. Jänner 2004 in Kraft.